

Soziale Sicherung neu denken: Jobgarantie und Grundeinkommen für die österreichische Arbeitsmarktpolitik

Lukas Lehner

Österreich hat seit den 1990er Jahren seine aktive Arbeitsmarktpolitik massiv ausgebaut, insbesondere durch den Ausbau von Qualifikationsangeboten. Doch während die Ausgaben für Qualifikation und Weiterbildung stark gestiegen sind, wurden andere Maßnahmen zur direkten Beschäftigung benachteiligter Gruppen vernachlässigt. Aktuell werden zwei wegweisende Modelle viel diskutiert, die die Zukunft der Arbeitsmarktpolitik prägen könnten: die Jobgarantie und das bedingungslose Grundeinkommen. Doch was wollen diejenigen, die am meisten davon betroffen wären – arbeitslose Menschen?

In einer Studie habe ich festgestellt, dass sowohl die Jobgarantie als auch das Grundeinkommen breite Unterstützung finden, wenn auch die Zustimmung zur Jobgarantie durchweg höher ausfällt. Interessanterweise steigt die Bereitschaft, garantierte Jobs anzunehmen, besonders dann deutlich an, wenn die vorgesehenen Zahlungen knapp über dem durchschnittlichen Arbeitslosengeld liegen. Dies deutet darauf hin, dass viele Menschen bereit sind, selbst für relativ geringe finanzielle Vorteile zu arbeiten.

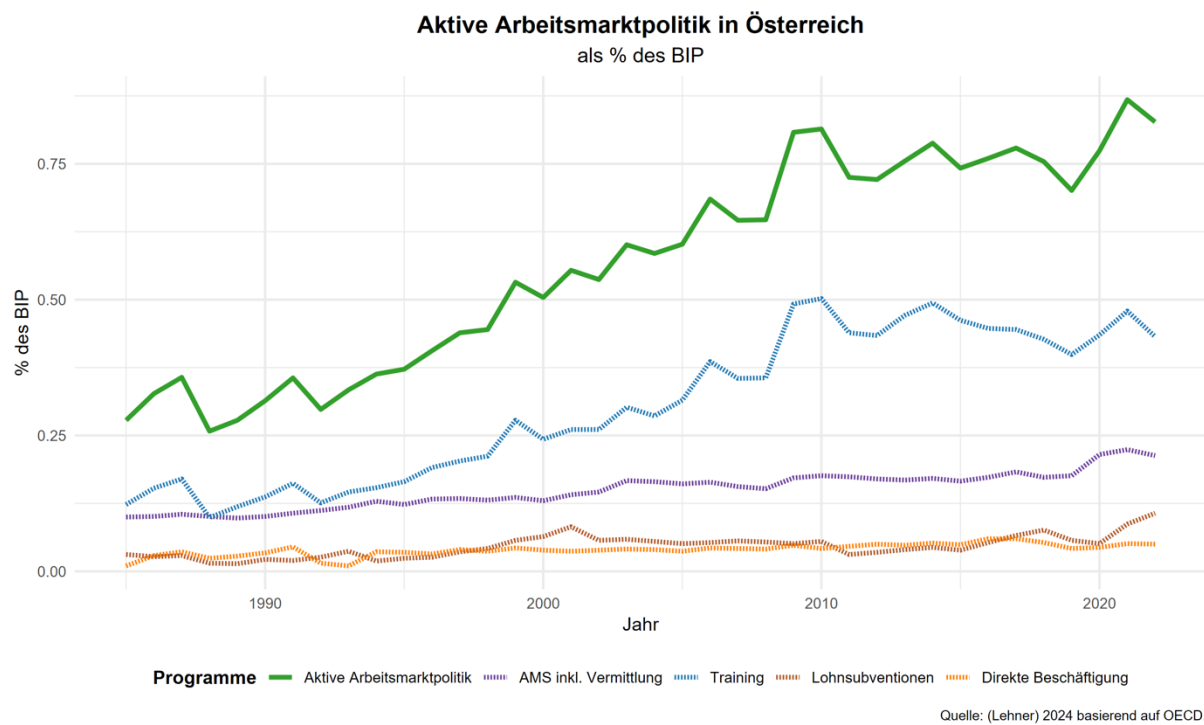
Vor dem Hintergrund der österreichischen Arbeitsmarktpolitik werfen diese Ergebnisse wichtige Fragen auf: Warum setzt Österreich so stark auf Trainings, während andere Länder wie Dänemark und Schweden mehr in direkte Beschäftigungsförderung investieren? Und wie könnten Modelle wie die Jobgarantie oder das Grundeinkommen dazu beitragen, die Lücken in der aktuellen Politik zu schließen?

Arbeitsmarktpolitik in Österreich

Seit Anfang der 1990er Jahre hat Österreich seine aktive Arbeitsmarktpolitik massiv ausgebaut (Abbildung 1). Die Ausgaben in diesem Bereich haben sich zwischen 1990 und 2010 als Anteil der Wirtschaftsleistung verdreifacht. Nominell betrachtet ist der Anstieg sogar noch deutlicher, da die Wirtschaft in diesen drei Jahrzehnten erheblich gewachsen ist. Der Ausbau der Arbeitsmarktpolitik wurde nahezu ausschließlich durch die Ausweitung von Trainingsangeboten vorangetrieben.

Während die Trainingsangebote also deutlich an Bedeutung gewonnen haben, sind die Aufwendungen für die anderen Säulen der aktiven Arbeitsmarktpolitik – wie Vermittlung, Eingliederungsbeihilfen und direkte Beschäftigungsprogramme – lediglich proportional zur Wirtschaftsleistung gewachsen. Das bedeutet, dass ihr Anteil am Bruttoinlandsprodukt (BIP) stabil geblieben ist. Besonders auffällig ist, dass die direkten Beschäftigungsprogramme in jüngster Vergangenheit sogar einen leichten Rückgang im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung verzeichnet haben. Stattdessen wurden mehr Mittel in die Vermittlung von Arbeitskräften und in Eingliederungsbeihilfen (Lohnsubventionen) investiert, die Unternehmen dazu anregen sollen, Arbeitslose einzustellen.

Abbildung 1: Ausgaben für aktive Arbeitsmarktpolitik in Österreich



Diese Entwicklung zeigt, dass Österreich in den letzten Jahrzehnten einen klaren Schwerpunkt auf die Qualifizierung und Weiterbildung von Arbeitskräften gelegt hat. Die Idee dahinter ist, dass besser ausgebildete Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer leichter in den Arbeitsmarkt integriert werden können und somit langfristig die Beschäftigungsquote steigt. Gleichzeitig wurde die direkte Schaffung von Arbeitsplätzen durch staatliche Programme etwas zurückgefahren, während die Förderung von privaten Beschäftigungsverhältnissen durch Lohnsubventionen an Bedeutung gewonnen hat. Doch wie effektiv ist dieser Ansatz wirklich? Im nächsten Abschnitt werfen wir einen genaueren Blick auf die Rolle von Training sowie direkter Beschäftigung und unterstützter Beschäftigung.

Österreich hat seine Qualifizierungsangebote für Arbeitssuchende kontinuierlich ausgebaut, insbesondere in den Jahren 2005 bis 2010. Seitdem verfügt das österreichische Arbeitsmarktservice (AMS) über das umfangreichste Qualifizierungsangebot aller Arbeitsmarktverwaltungen in der Europäischen Union und der OECD. Die

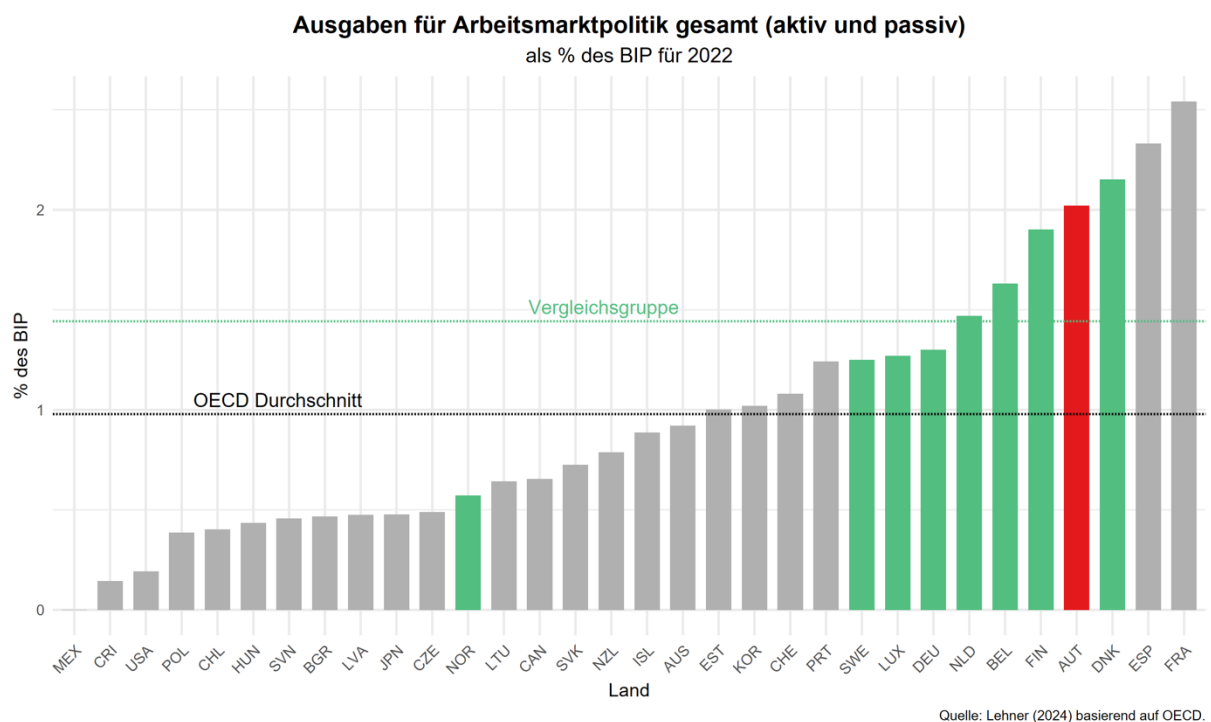
Qualifizierungs- und Trainingsangebote im Österreich bauen in erster Linie auf sogenanntes institutionelles Training auf, also Kurse, die von externen Anbietern durchgeführt und vom AMS finanziert werden. Die Idee dahinter ist: Mehr Qualifizierung soll zu besserer Integration in den Arbeitsmarkt führen. Doch wie effektiv sind diese Maßnahmen wirklich, und wo liegen ihre Grenzen?

Ländervergleiche – aber richtig: Was Österreich von anderen lernen kann

Zunächst lohnt es sich, einen Schritt zurückzutreten und die Arbeitsmarktpolitik insgesamt zu betrachten. Grundsätzlich wird sie in zwei Kategorien unterteilt: aktive und passive Arbeitsmarktpolitik (vgl. Lehner und Tamesberger 2024). Aktive Arbeitsmarktpolitik umfasst Maßnahmen wie Trainingsprogramme, Lohnsubventionen und Vermittlungsdienste, die darauf abzielen, Arbeitslose wieder in den Arbeitsmarkt zu integrieren oder zu halten. Passive Arbeitsmarktpolitik hingegen bezieht sich vor allem auf finanzielle Unterstützung wie Arbeitslosengeld oder Notstandshilfe, die den Lebensunterhalt von Arbeitslosen sichern sollen. Österreich gehört in beiden Bereichen zu den führenden Ländern im OECD-Vergleich, traditionell neben den nordischen Ländern wie Dänemark und Schweden sowie Frankreich (Abbildung 2).

Ein wichtiger Punkt bei solchen Vergleichen ist die Wahl der Vergleichsgruppe. Die OECD umfasst mittlerweile nicht nur hochentwickelte Industrieländer, wie noch in den 1980er Jahren, sondern auch Schwellenländer wie die Türkei, Mexiko oder Kolumbien. Der OECD-Durchschnitt ist daher nur bedingt aussagekräftig. Viel sinnvoller ist es, Länder zu vergleichen, die Österreich in Bezug auf Arbeitsmarktpolitik ähneln und von denen man lernen kann. Hier zeigen sich Unterschiede, die zum Nachdenken anregen: Während Österreich stark auf Trainings setzt, investieren Länder wie Dänemark und Schweden noch mehr in Lohnsubventionen zur Förderung von Beschäftigung.

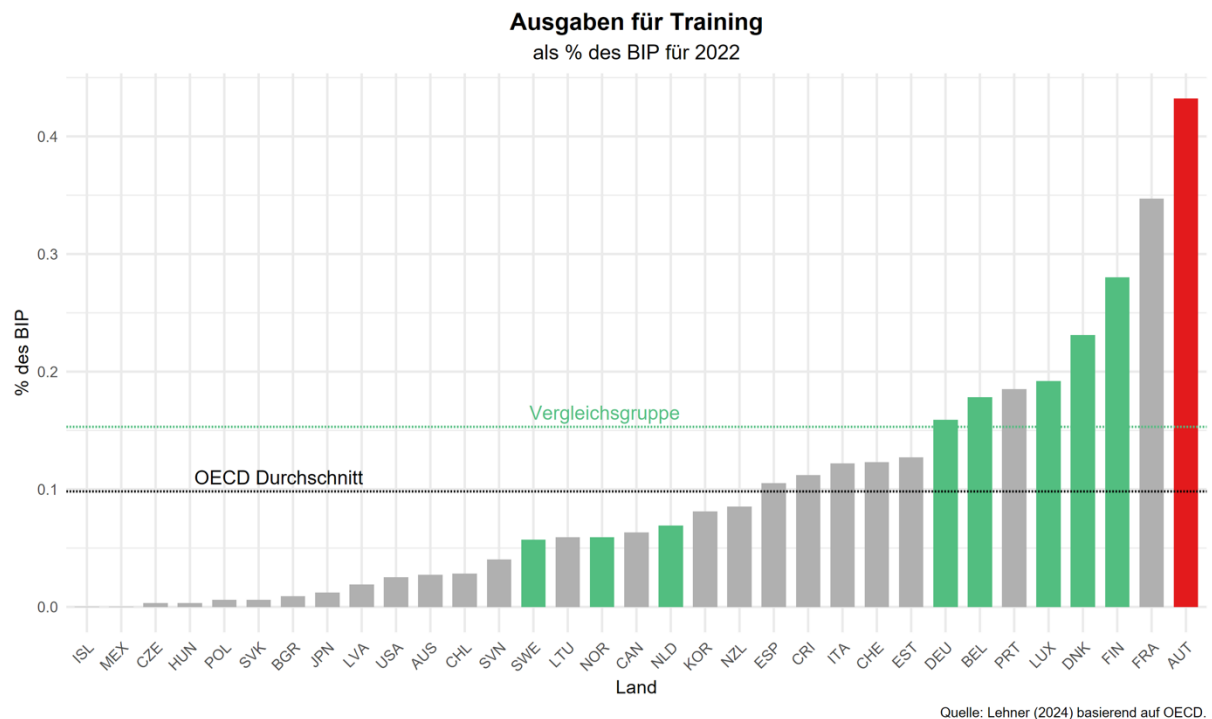
Abbildung 2: Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik im Ländervergleich



Qualifikation: Österreichs Stärke – und ihre Grenzen

Während Länder wie Dänemark und Schweden deutlich mehr Mittel für Eingliederungsbeihilfen – also Lohnsubventionen, die Unternehmen dazu anregen sollen, Arbeitslose einzustellen – aufwenden, setzt Österreich vor allem auf Qualifikation und Training. Tatsächlich verfügt Österreich über das am stärksten ausgeprägte Trainingsangebot für Jobsuchende in der OECD (Abbildung 3). Diese unterschiedliche Schwerpunktsetzung spiegelt wider, wie verschiedene Länder die Herausforderungen des Arbeitsmarktes angehen: Während Dänemark und Schweden stärker auf die direkte Förderung von Beschäftigungsaufnahmen setzen, vertraut Österreich auf die langfristige Wirkung von Qualifizierungsmaßnahmen, sowie auf die Konservierung von bestehenden Beschäftigungsverhältnissen in Krisenperioden (vgl. Ebbinghaus und Lehner 2022).

Abbildung 3: Ausgaben für Qualifikation und Training im Ländervergleich



Diese unterschiedlichen Ansätze haben Vor- und Nachteile. Trainingsprogramme können die Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitssuchenden verbessern und sie besser auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes vorbereiten. Gleichzeitig sind sie oft zeitaufwendig und ihre Wirkung entfaltet sich erst langfristig (vgl. Lehner und Schwarz 2025). Eingliederungsbeihilfen hingegen können kurzfristig Arbeitsplätze schaffen und Unternehmen dazu motivieren, Menschen einzustellen, die sonst vielleicht keine Chance hätten. Allerdings besteht hier die Gefahr, dass solche Maßnahmen nur temporäre Effekte haben, zu großen Mitnahmeeffekten führen und keine nachhaltige Integration in den Arbeitsmarkt gewährleisten.

Die Frage ist also: Ist Österreichs Fokus auf Training der richtige Weg, oder sollte die Arbeitsmarktpolitik stärker auf direkte Beschäftigungsförderung setzen? Im nächsten Abschnitt werfen wir einen genaueren Blick auf die Rolle von direkter Beschäftigung und unterstützter Beschäftigung – und inwiefern diese Bereiche in Österreich oft vernachlässigt werden.

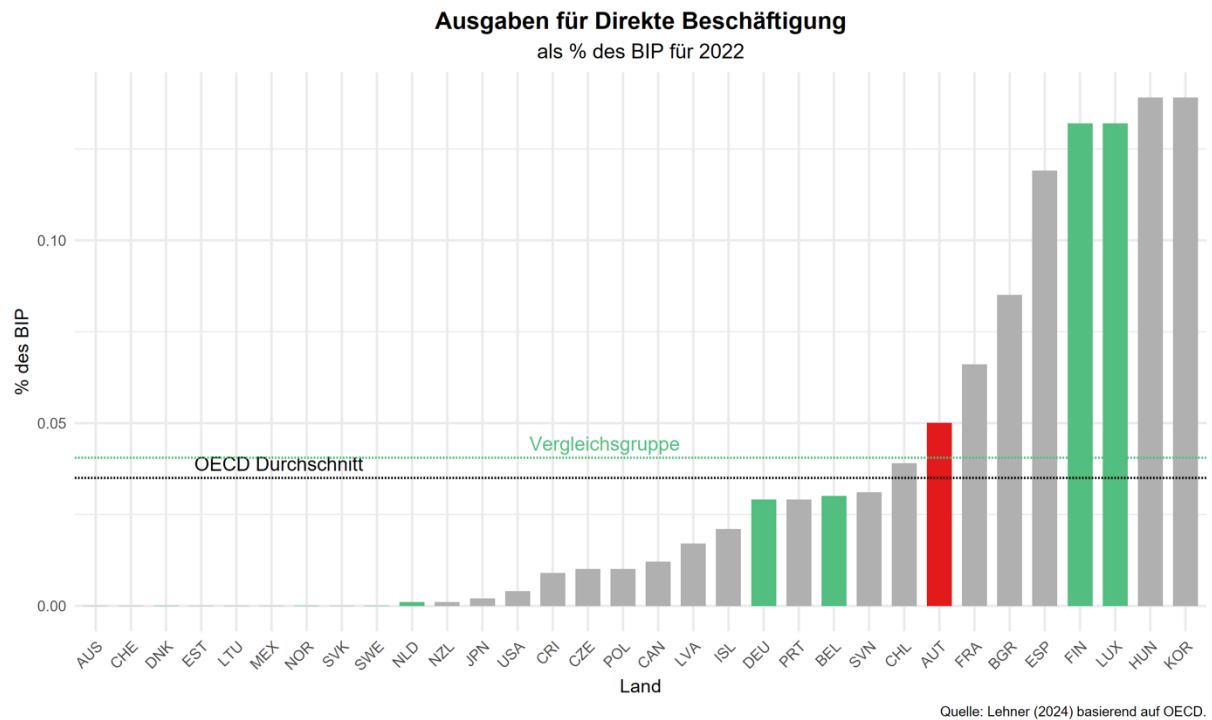
Direkte Beschäftigung: Ein vergleichsweise vernachlässigter Bereich

Während Österreich im Bereich der Trainingsangebote führend ist und hier die meisten Mittel investiert, sieht die Situation bei der direkten Beschäftigung und der unterstützten Beschäftigung anders aus (Abbildung 4, Panel A). Österreich verwendet vergleichsweise weniger Mittel für direkte Beschäftigungsprogramme, also für die Schaffung von Arbeitsplätzen in Sozialökonomischen Betrieben (SÖBs) oder Gemeinnützigen Beschäftigungsprojekten (GBPs). Diese Jobs sind in der Regel befristet und haben das Ziel, den Übergang der Beschäftigten in den regulären Arbeitsmarkt zu fördern.

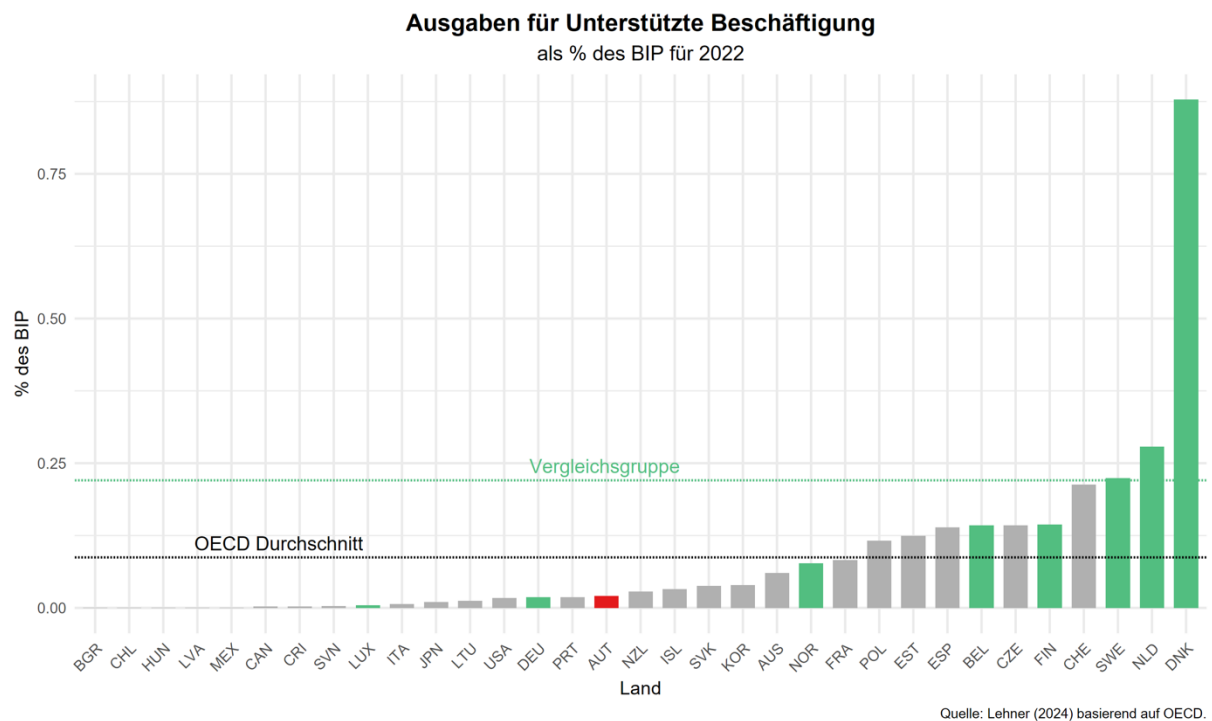
Noch geringer sind die Ausgaben für unterstützte Beschäftigung, also die dauerhafte Integration von Personen mit besonderen Benachteiligungen am Arbeitsmarkt, wie etwa Menschen mit Behinderungen (Abbildung 4, Panel B). Diese Form der Beschäftigung zielt nicht auf einen Übertritt in den regulären Arbeitsmarkt ab, sondern bietet stattdessen langfristige Perspektiven für Menschen, die aufgrund ihrer individuellen Situation nur schwer in herkömmlichen Jobs Fuß fassen können.

Abbildung 4: Ausgaben für direkte Beschäftigung und unterstützte Beschäftigung

Panel A



Panel B



Diese Schwerpunktsetzung wirft Fragen auf: Warum investiert Österreich so viel in Trainings, aber vergleichsweise wenig in die direkte Schaffung von Arbeitsplätzen oder

die dauerhafte Unterstützung von benachteiligten Gruppen? Einerseits könnte man erwarten, dass Trainings langfristig nachhaltiger sind, da sie die Beschäftigungsfähigkeit der Menschen verbessern. Andererseits gibt es Personengruppen, für die selbst gut gemeinte Qualifizierungsmaßnahmen nicht ausreichen, um eine echte Chance auf dem Arbeitsmarkt zu erhalten. Hier könnten direkte Beschäftigungsprogramme und unterstützte Beschäftigung eine wichtige Lücke schließen.

Die vergleichsweise geringen Ausgaben in diesen Bereichen deuten darauf hin, dass Österreich hier noch Potenzial hat, seine Arbeitsmarktpolitik auszubauen und inklusiver zu gestalten. Vor allem die unterstützte Beschäftigung, die oft als „letzte Chance“ für Menschen mit schweren Vermittlungshemmnissen gilt, verdient mehr Aufmerksamkeit. Denn eine wirklich erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik sollte nicht nur auf diejenigen abzielen, die relativ leicht vermittelbar sind, sondern auch jene im Blick behalten, die besondere Unterstützung benötigen. Der Fokus auf Menschen mit Behinderungen könnte deutlich ausgedehnt werden, um soziale Teilhabe von allen benachteiligten Gruppen zu ermöglichen.

Im nächsten Abschnitt werfen wir einen Blick auf alternative Ansätze wie die Jobgarantie und das bedingungslose Grundeinkommen, die neue Wege aufzeigen könnten, um die Herausforderungen des Arbeitsmarktes zu bewältigen – insbesondere für benachteiligte Gruppen.

Jobgarantie und Grundeinkommen: Was wollen arbeitslosen Menschen?

In der Debatte um die Zukunft sozialer Sicherungsnetze stehen zwei Modelle häufig im Mittelpunkt: die Jobgarantie und das bedingungslose Grundeinkommen. Während diese Konzepte in Politik, Wissenschaft und Medien intensiv diskutiert werden, kommen diejenigen, die am meisten davon betroffen wären – arbeitslose Menschen – oft selbst

kaum zu Wort. In der Studie Lehner (2024) habe ich untersucht, welche dieser beiden Maßnahmen bei Arbeitslosen auf mehr Zustimmung stößt.

Historische und aktuelle Debatte: Arbeit oder Einkommen?

Die Diskussion, ob finanzielle Unterstützung ausreicht, um Armut zu überwinden, oder ob bezahlte Arbeit notwendig ist, um gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen, ist so alt wie der Kapitalismus selbst. Schon im 19. Jahrhundert wurde diese Frage kontrovers diskutiert, etwa von Paul Lafargue, dem Schwiegersohn von Karl Marx, in seinem provokanten Pamphlet „Das Recht auf Faulheit“ (Lafargue 1883). Während die einen das Recht auf Arbeit fordern, sehnen sich die anderen nach einer Überwindung der Arbeitsgesellschaft durch ein bedingungsloses Grundeinkommen.

In den letzten Jahren haben beide Ansätze – Jobgarantie und Grundeinkommen – zunehmend an Bedeutung gewonnen (Dimmel, Immervoll und Schandl 2021; Moder et al. 2024). Pilotprojekte wie das Modellprojekt Arbeitsplatzgarantie Marienthal (MAGMA) in Österreich (Kasy und Lehner 2023) oder Experimente zum Grundeinkommen haben die Debatte weiter angeheizt. Auch internationale Organisationen wie die Europäische Kommission und die Vereinten Nationen haben sich das österreichische Jobgarantie Modellprojekt zum Anlass genommen, um sich mit diesen Vorschlägen auseinanderzusetzen (De Schutter 2023). Doch trotz der zahlreichen Pilotprojekte, die wichtige Einblicke in das Verhalten der Teilnehmerinnen und Teilnehmer liefern, wissen wir nur wenig über die Einstellungen der Menschen, die von diesen Maßnahmen profitieren könnten. Genau hier setzt meine neue Studie Lehner (2024) an. Sie fragt arbeitslose Menschen direkt: Was wollen sie – garantierte Jobs oder ein garantiertes Einkommen?

Die Studie: Ein experimenteller Ansatz

Während viele Studien bereits die Vor- und Nachteile eines bedingungslosen Grundeinkommens untersucht haben, ist kaum bekannt, wie die Bevölkerung – und insbesondere arbeitslose Menschen – zu einer Jobgarantie stehen. Dies spiegelt die aktuelle öffentliche Debatte wider, in der beide Ansätze oft als gegensätzliche Lösungen präsentiert werden. Um diese Lücke zu schließen, habe ich erstmalig die Einstellungen der betroffenen Bevölkerungsgruppen in einem experimentellen Design im Rahmen einer repräsentativen Befragung von 1,200 arbeitslosen Personen in Österreich verglichen. Die Studie untersucht nicht nur, welche der beiden Maßnahmen auf mehr Zustimmung stößt, sondern auch, wie unterschiedliche Ausgestaltungen – etwa die Höhe der finanziellen Unterstützung – die Zustimmung beeinflussen.

Garantierte Arbeitsplätze: Den Teilnehmer:innen wurde ein Programm beschrieben, das allen Personen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, eine öffentlich finanzierte Stelle anbietet. Die Teilnahme an diesem Programm wäre freiwillig, und die Arbeit würde lokale gemeinnützige Tätigkeiten umfassen. Die Vergütung wurde in drei Varianten präsentiert: 1.000 €, 1.500 € oder 2.000 € netto monatlich. Die Befragten wurden gefragt, ob sie ein solches Programm unterstützen oder ablehnen würden.

Bedingungsloses Grundeinkommen: Im Gegensatz dazu wurde den Teilnehmer:innen ein Programm vorgestellt, das jeder Person einen fixen Betrag von 1.000 €, 1.500 € oder 2.000 € netto monatlich zahlt – ohne jegliche Bedingungen. Die Empfänger:innen müssten dafür keine Gegenleistung erbringen und würden den Betrag unabhängig von ihrem Beschäftigungsstatus, anderen Einkommen oder Vermögen erhalten. Allerdings würde dieses Programm andere bestehende Sozialleistungen ersetzen.

Vergleich der Programme: Die Höhe des Betrags wurde bei den befragten Personen zufällig variiert, wobei jeder Person derselbe Betrag für beide Programme (Jobgarantie und Grundeinkommen) zugeordnet wurde. Der zentrale Unterschied zwischen den beiden Modellen lag in den Anspruchskriterien, der Zielgruppe und den Auswirkungen auf bestehende Sozialleistungen: Garantierte Arbeitsplätze richten sich speziell an Langzeitarbeitslose und erfordern die Ausübung einer gemeinnützigen Tätigkeit. Sie würden als zusätzliche Schicht zum bestehenden sozialen Sicherheitsnetz hinzukommen. Das bedingungslose Grundeinkommen hingegen steht allen Personen offen, unabhängig von ihrem Beschäftigungsstatus, und würde bestehende Sozialleistungen ersetzen. Durch diesen Vergleich konnten die Einstellungen der Befragten zu beiden Modellen erfasst werden. Allerdings ist es wichtig zu betonen, dass die beiden Programme mehrere Unterschiede aufweisen, die die Unterstützung beeinflussen können. Daher können die Ergebnisse nur als Gesamtbild bewertet werden, das die Präferenzen für diese viel diskutierten Maßnahmen dokumentiert.

Warum dieses Design? Das experimentelle Design ermöglicht es, die Einstellungen der Befragten in einer kontrollierten Umgebung zu erfassen und gleichzeitig die Auswirkungen unterschiedlicher finanzieller Anreize zu untersuchen. Indem dieselben Personen sowohl zur Jobgarantie als auch zum Grundeinkommen befragt wurden, können die Präferenzen direkt verglichen werden. Dies liefert wertvolle Einblicke in die Frage, welche Art von sozialer Sicherung arbeitslose Menschen bevorzugen – und unter welchen Bedingungen.

Im nächsten Abschnitt werden die Ergebnisse dieser Befragung vorgestellt und diskutiert, was sie für die Zukunft der Arbeitsmarktpolitik bedeuten könnten.

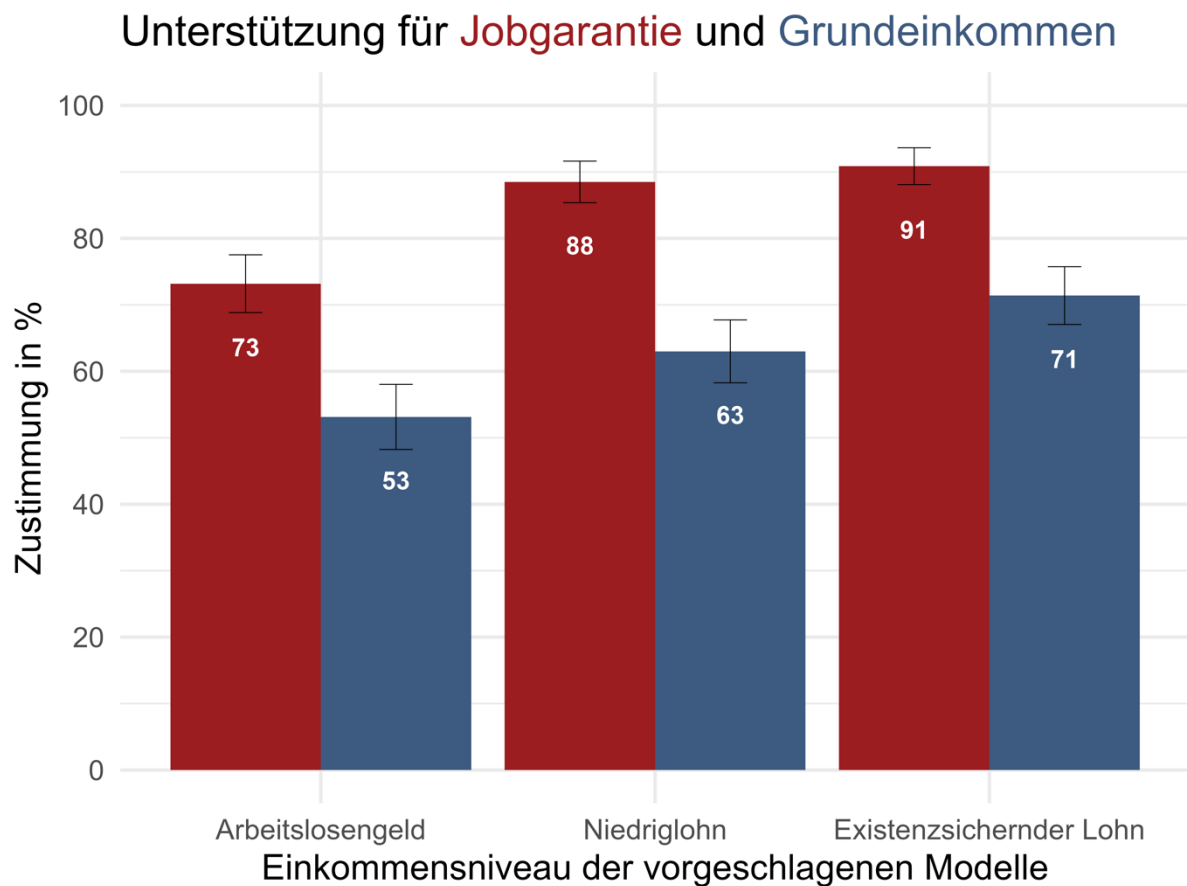
Ergebnisse: Was wollen arbeitslose Menschen – Jobgarantie oder Grundeinkommen?

Die Studie liefert drei zentrale Erkenntnisse, die nicht nur die Präferenzen arbeitsloser Menschen für Jobgarantie und Grundeinkommen beleuchten, sondern auch wichtige Rückschlüsse für die Gestaltung zukünftiger Arbeitsmarktpolitik ermöglichen.

1. Arbeitslose Menschen wollen arbeiten – aber unter fairen Bedingungen

Die Ergebnisse zeigen eine klare Präferenz für die Jobgarantie gegenüber dem vorgeschlagenen Modell des bedingungslosen Grundeinkommen (Abbildung 5). Über alle Lohnniveaus hinweg wird die Jobgarantie im Durchschnitt von 84 % der Befragten unterstützt, während das Grundeinkommen auf eine durchschnittliche Zustimmung von 62 % kommt. Dieser deutliche Unterschied von 22 Prozentpunkten unterstreicht, dass viele arbeitslose Menschen bereit sind, zu arbeiten – selbst, wenn die finanziellen Anreize nur geringfügig über dem Niveau des Arbeitslosengeldes liegen.

Abbildung 5: Unterstützung von Jobgarantie und Grundeinkommen unter arbeitslosen Menschen nach Einkommenshöhe des vorgeschlagenen Modells



Anmerkung: Die Abbildung zeigt die Zustimmung zu Jobgarantie und Grundeinkommen in Abhängigkeit vom jeweiligen Lohnniveau. Rote Balken repräsentieren die Jobgarantie, blaue Balken das Grundeinkommen. Schwarze Striche zeigen die statistische Schwankungsbreite mit 95 % Wahrscheinlichkeit.

2. Höhere Lohnniveaus steigern die Zustimmung

Die Höhe des vorgeschlagenen Einkommens spielt eine entscheidende Rolle für die Zustimmung zu beiden Maßnahmen. Bei einem Lohnniveau, das dem österreichischen Arbeitslosengeld entspricht, unterstützen 73 % der Befragten die Jobgarantie, während das Grundeinkommen auf eine Zustimmung von 53 % kommt. Sobald das Lohnniveau jedoch auf das Niveau des Niedriglohnsektors angehoben wird, steigt die Zustimmung

deutlich an: 88 % befürworten dann die Jobgarantie und 63 % das Grundeinkommen. Bei einem existenzsichernden Lohnniveau erreicht die Zustimmung für die Jobgarantie sogar 91 %, während das Grundeinkommen von 71 % der Befragten unterstützt wird.

Dieser Anstieg zeigt, dass Zustimmung zu Jobgarantie und Grundeinkommen stark von der Höhe der finanziellen Unterstützung abhängt. Besonders auffällig ist der Sprung bei der Jobgarantie, sobald das Lohnniveau über das Arbeitslosengeld hinausgeht. Dies deutet darauf hin, dass viele Menschen bereit sind, zu arbeiten – vorausgesetzt, die Bezahlung ist fair und bietet einen spürbaren finanziellen Vorteil. Gleichzeitig zeigt sich, dass auch das Grundeinkommen an Zustimmung gewinnt, wenn es ein existenzsicherndes Niveau erreicht.

Besonders auffällig ist der Anstieg der Zustimmung, wenn das Lohnniveau von dem der durchschnittlichen Arbeitslosenleistungen auf ein Niedriglohniveau angehoben wird. Hier steigt die Unterstützung für garantierte Jobs um **15 Prozentpunkte** und für das Grundeinkommen um **10 Prozentpunkte**. Dies deutet auf eine kritische Einkommensschwelle hin: Sobald die Bezahlung über dem Arbeitslosengeld liegt, steigt die Bereitschaft, garantierte Jobs anzunehmen, deutlich an.

Eine mögliche Ableitung könnte nun sein, Sozialleistungen zu reduzieren, um die Arbeitsanreize im Rahmen einer gering entlohten Jobgarantie zu erhöhen. Diese Logik widerspricht jedoch dem Ansatz der Jobgarantie. Ziel ist es, die Außenoptionen von benachteiligten Gruppen zu erweitern und damit ihre Verhandlungsmacht zu stärken – gegenüber Arbeitgebern auf dem Arbeitsmarkt, gegenüber der öffentlichen Verwaltung bei der Beantragung sozialer Unterstützung, wie auch gegenüber finanziellen Abhängigkeiten in privaten Beziehungen.

3. Jobgarantie und Grundeinkommen ergänzen sich

Entgegen der oft polarisierten öffentlichen Debatte zeigt die Studie, dass Jobgarantie und Grundeinkommen nicht als gegensätzliche Modelle betrachtet werden müssen. Vielmehr ergänzen sie sich aus Sicht der Befragten. Höhere Lohnniveaus fördern nicht nur die Zustimmung zu jeder der beiden Maßnahmen, sondern auch eine generelle Akzeptanz beider Ansätze.

Trotz der klaren Präferenz für die Jobgarantie – die auf eine weit verbreitete pro-arbeitsorientierte Haltung hinweist – widerlegen die Ergebnisse die Annahme, dass die Unterstützung für Jobgarantie und Grundeinkommen sich gegenseitig ausschließt. Stattdessen zeigt sich, dass viele Menschen beide Modelle als Teil eines umfassenden sozialen Sicherungsnetzes sehen.

4. Benachteiligte Gruppen sind die größten Unterstützer

Die Analyse der zugrunde liegenden Mechanismen zeigt, dass besonders benachteiligte Menschen – etwa solche mit schlechterem Gesundheitszustand, geringeren Arbeitslosenleistungen oder Erfahrungen von Diskriminierung am Arbeitsmarkt – eine stärkere Unterstützung für beide Maßnahmen zeigen.

Jobgarantie: Für die Jobgarantie zeigt sich, dass Personen mit einem schlechteren Gesundheitszustand eine höhere Wahrscheinlichkeit haben, diese Maßnahme zu unterstützen. Interessanterweise besteht eine durchgehend negative Verbindung zwischen der Dauer der Arbeitslosigkeit und der Unterstützung für die Jobgarantie – längere Arbeitslosigkeitsphasen gehen mit einer geringeren Unterstützung einher. Höhere Arbeitslosenleistungen sind ebenfalls mit einer geringeren Unterstützung der Jobgarantie verknüpft. Personen, die Diskriminierung am Arbeitsplatz erlebt haben, tendieren stärker dazu, eine Jobgarantie zu befürworten. Höheres berufliches Prestige im letzten Job steht in einem eher negativen Zusammenhang mit der Unterstützung.

Grundeinkommen: Für das Grundeinkommen zeigt sich eine stärkere Unterstützung unter Menschen mit schlechterem Gesundheitszustand. Die Dauer der Arbeitslosigkeit weist keinen signifikanten Zusammenhang mit der Unterstützung des Grundeinkommens auf. Ebenso zeigen die Höhe der tatsächlichen Arbeitslosenleistungen, berufliches Prestige und erlebte Diskriminierung tendenziell negative Zusammenhänge mit der Unterstützung für ein Grundeinkommen.

Interessanterweise lehnt eine kleine, finanziell besser gestellte Minderheit sowohl die Jobgarantie als auch das Grundeinkommen ab – unabhängig vom Lohnniveau. Diese Gruppe scheint den Erhalt ihres sozialen Status und der bestehenden Leistungen zu bevorzugen.

Ausblick: Jobgarantie und Grundeinkommen als Ergänzung zur österreichischen Arbeitsmarktpolitik

Die Studie zeigt, dass Jobgarantie und Grundeinkommen keine Gegensätze sind, sondern sich sinnvoll ergänzen können. Während Österreich traditionell stark auf Trainingsangebote setzt, um Arbeitslose zu qualifizieren, könnten diese Maßnahmen durch eine Jobgarantie erweitert werden, die benachteiligten Gruppen faire Arbeitsmöglichkeiten bietet. Gleichzeitig könnte ein Grundeinkommen als grundlegende Absicherung dienen, die unabhängig von Beschäftigungsstatus oder Einkommen ist.

Die Ergebnisse unterstreichen, dass viele arbeitslose Menschen bereit sind, zu arbeiten. Gleichzeitig zeigt die breite Zustimmung zum Grundeinkommen, dass auch alternative Modelle der sozialen Sicherung unterstützt werden.

Für Österreich bietet sich damit die Chance, seine Arbeitsmarktpolitik zukunftsfähig zu gestalten. Training, Jobgarantie und Grundeinkommen sollten nicht als gegensätzliche, sondern komplementäre Strategien betrachtet werden, um das soziale Sicherheitsnetz zu stärken und einen armutsfesten Wohlfahrtsstaat der Zukunft zu schaffen. Eine solche Kombination könnte die Lücken im aktuellen System schließen und ein umfassendes soziales Sicherungsnetz schaffen, das niemanden zurücklässt.

Literaturverzeichnis

- Dimmel, N., Immervoll, K. A., & Schandl, F. (2021). *Sinnvoll tätig sein: Wirkungen eines Grundeinkommens* (2. Auflage 2021). ÖGB Verlag.
- Ebbinghaus, B., & Lehner, L. (2022). Cui Bono – Business or Labour? Job Retention Policies During the COVID-19 Pandemic in Europe. *Transfer: European Review of Labour and Research*, 28(1), 47–64. <https://doi.org/10.1177/10242589221079151>
- Kasy, M., & Lehner, L. (2023). Employing the Unemployed of Marienthal: Evaluation of a Guaranteed Job Program. *CESifo Working Paper 10394*. <https://doi.org/10.31235/osf.io/cd25u>
- Lafargue, P. (1883). *The Right to Be Lazy and Other Writings*. Labour Literature Society (New York Review Books, 2023).
- Lehner, L. (2024). What Do Unemployed Workers Want: Guaranteed Work or Guaranteed Income? *Working Paper*. https://lukaslehner.github.io/assets/Preferences_JG_BI.pdf
- Lehner, L., & Schwarz, A.-M. (2025). Reframing Active Labor Market Policy: A Field Experiment on Barriers to Program Participation. *INEQ Working Paper Series 32*. <https://doi.org/10.57938/568f4dce-b599-4426-a443-a8ed26daeda8>
- Lehner, L., & Tamesberger, D. (2024). Unemployment and Labor Market Policies. In *In A. Renner, L. Plank, M. Getzner (Eds.) Handbook of Social Infrastructure* (pp. 122–143). Edward Elgar Publishing.

Moder, C., Quinz, H., Tamesberger, D., Theurl, S., & Witzani-Haim, D. (Eds.). (2024). *Mit einer Jobgarantie zum Recht auf gute Arbeit: Ansätze fortschrittlicher Arbeitsmarktpolitik in Österreich*. ÖGB Verlag.

De Schutter, O. (2023). *The Employment Guarantee as a Tool in the Fight Against Poverty: Report of the Special Rapporteur on Extreme Poverty and Human Rights, Olivier De Schutter*. United Nations General Assembly. Human Rights Council, Fifty-Third Session. United Nations General Assembly. Human Rights Council, Fifty-third session. <https://digitallibrary.un.org/record/4011274>

Lukas Lehner ist Assistenzprofessor an der Universität Edinburgh. Sein Forschungsschwerpunkt umfasst Wirtschafts- und Sozialpolitik mit Fokus auf den Arbeitsmarkt. lukas.lehner@ed.ac.uk